

ökonomische Lage wie vor allem ihre Abhängigkeit innerhalb des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems unterstrichen. In diesem Zusammenhang wurden Grundfragen des gegenwärtigen Welthandels in seiner wechselseitigen Verflechtung sowie die nichtgleichberechtigte Stellung der Entwicklungsländer im Verhältnis zu den imperialistischen Staaten dargelegt. Insgesamt stellte die »Charta von Algier« ein Dokument der Anklage gegen den Imperialismus dar, dessen kolonialistische und neokolonialistische Politik als Hauptursache dieser Situation gilt. Ferner entwickelte die »G.« ein umfangreiches Programm zur notwendigen Veränderung im Rahmen des Welthandels. Die darin enthaltenen Forderungen richteten sich allerdings undifferenziert an alle entwickelten Länder, d. h. gleichermaßen an die imperialistischen wie die sozialistischen Staaten. Der These von der Einteilung der Welt in »arme« bzw. »reiche« Staaten folgend, ging und geht die »G.« in der »Charta von Algier« sowie in allen nachfolgenden Dokumenten davon aus, ihre Forderungen unterschiedslos an die »entwickelten Staaten« zu richten. In der praktischen Tätigkeit innerhalb der UNCTAD wird jedoch immer wieder deutlich, daß die Entwicklungsländer nur in den Staaten der sozialistischen Gemeinschaft wirkliche Verfechter ihrer eigenen Interessen besitzen, während die imperialistischen Staaten stets aufs neue versuchen, den gerechten Forderungen der »G.« auszuweichen, bzw. nichts für ihre Erfüllung unternehmen. Ein weiteres Vorbereitungstreffen der »G.«, das vom 25. 10.-7. 11. 1971 in Lima stattfand, ging der III. Tagung der UNCTAD voraus. Im Dokument von Lima, das die wesentlichsten Positionen der »Charta von Algier« erneut unterstrich, wurde besonders betont, daß jeglicher äußerer politischer oder ökonomischer Druck auf die Ausübung der Souve-

ränität eines Staates über seine Naturreichtümer eine direkte Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker sowie der Nichteinmischung darstellt und im Falle seiner Fortsetzung zu einer Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit führen kann. Diese bemerkenswerte Feststellung widerspiegelte die Erfahrungen, die die »G.« im Ringen um die Durchsetzung ihrer Forderungen mit dem Imperialismus machen mußte. Auf Initiative der »G.« und mit Unterstützung der sozialistischen Staaten nahm die III. Tagung der UNCTAD eine Resolution an, die die Ausarbeitung einer —\* *Charta der ökonomischen Rechte und Pflichten der Staaten* empfahl. Auf ihrem Vorbereitungstreffen für die IV. Tagung der UNCTAD vom 26. 1.-7. 2. 1976 in Manila gelangte die »G.« zu einer noch engeren Abstimmung ihrer Positionen. Das Dokument von Manila widerspiegelte die gewachsenen Möglichkeiten, die sich unter den Bedingungen des internationalen Entscheidungsprozesses für die Realisierung der Ziele der »G.« ergaben. Es enthielt die präzisierten Positionen und Forderungen der »G.« im Ringen um die Durchsetzung der Charta der ökonomischen Rechte und Pflichten der Staaten und insbesondere um die Schaffung einer »neuen Weltwirtschaftsordnung«, d. h. um gleichberechtigte internationale Wirtschaftsbeziehungen auf demokratischer Grundlage. Diese Probleme stellte die »G.« auf der IV. Tagung der UNCTAD, die vom 5.—31. 5. 1976 in Kenia stattfand, in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten. Die Staaten der sozialistischen Gemeinschaft unterstützten die berechtigten Forderungen der »G.« und erreichten im gemeinsamen Kampf mit den Entwicklungsländern, daß trotz hartnäckigen Widerstandes der imperialistischen Staaten wichtige Beschlüsse verabschiedet werden konnten. Im Febr. 1979 tagte eine Mini-